



TOLERANZ JA. »EHE« NEIN.

Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. (Art. 6 Grundgesetz)



INHALT

ANNETTE SCHAVAN UND
NORBERT HAUSER:
Wir brauchen den
offenen und transparenten
Bildungsmarkt
SEITE 8/9

GENERALSEKRETÄR
RUPRECHT POLENZ:
Verfassungsschutz und
Polizei im Kampf gegen
den Rechtsextremismus
stärken
SEITE 12

Wir wollen offensiv für Ehe und Familie werben

Liebe Freunde,

Ehe und Familie sind die Keimzelle jeder staatlichen Gemeinschaft. Die Ehe ist mit keiner anderen Lebensgemeinschaft gleichzusetzen. Die Ehe ist für uns

Christdemokraten das Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau.

Unsere Verfassung trägt diesem besonderen Wert für unsere Gesellschaft dadurch

Forsetzung Seite 3

**ANNETTE SCHAVAN UND
NORBERT HAUSER:
WIR BRAUCHEN
DEN OFFENEN
UND TRANSPARENTEN
BILDUNGSMARKT**

Seite 8/9

Sie müssen sich mit einem neuen Begriff vertraut machen, für den es allerdings ein bekanntes Vorbild gibt: „Stiftung Bildungstest“. Die Bildungsdebatte ist – so die Vorsitzende der Bildungskommission des CDU-Präsidiums – reif dafür. Annette Schavan: „Wir brauchen jetzt keine weiteren Appelle mehr, wie wichtig Bildung ist. Wir brauchen Vertrauen, dass die in Deutschland angebotene Bildung gut ist.“ Wie bei der „Stiftung Warentest“ geht es um Marktgerechtigkeit. Norbert Hauser: „Die Bürgerinnen und Bürger sollen nicht bevormundet werden, sondern konkrete Antworten auf Fragen bekommen, die sie bei ihrer persönlichen Bildungsplanung stellen.“

**GENERALSEKRETÄR
RUPRECHT POLENZ:
POLIZEI UND
VERFASSUNGSSCHUTZ
IM KAMPF GEGEN
DEN RECHTSEXTREMISMUS
STÄRKEN**

Seiten 12

Angesichts der jüngsten Menschen verachteten Gewalttaten ist es unerträglich, dass heute diejenigen aufschreien, die jede Art von Bekämpfung von Radikalismus leichtfertig aus ideologischen Gründen geschwächt haben. Generalsekretär Ruprecht Polenz erinnert daran, dass in Niedersachsen unter dem damaligen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder die Zahl der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes auf nahezu die Hälfte reduziert worden ist. In Sachsen-Anhalt, wo die SPD unter Duldung der PDS regiert, wurde das Landesamt für Verfassungsschutz sogar aufgelöst und die Zuständigkeit für die Bekämpfung Radikaler dem Landesinnenministerium übertragen.

**INNOVATIONSPOLITIK ALS
STRATEGISCHES
HANDLUNGSFELD DER CDU**

Seiten 16

„Wir haben vielfältige Initiativen auf den Weg gebracht.“ Mit diesen Worten beschreibt Prof. Dr. Heribert Offermanns die Arbeit des Bundesausschusses Forschung und Innovation, dessen Vorsitzender er ist. Ziel der Anstrengungen: Deutschland erfolgreich am Wettbewerb um führende technologische Leistungen beteiligen.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Angela Merkel: CDU bleibt die Partei von Ehe und Familie

Fortsetzung von Seite 1

Rechnung, dass sie durch Artikel 6 Ehe und Familie unter den „besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stellt“. Die Ehe war und ist die beständigste und attraktivste Form des Zusammenlebens. Sie hat nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt.

Ein Einschnitt, den wir nicht hinnehmen

Das von der Bundesregierung vorgeschlagene Lebenspartner-Gesetz bedeutet einen inakzeptablen Einschnitt in die gesellschaftspolitischen Grundvorstellungen. Da der Vorschlag weit über die Beseitigung rechtlicher Hindernisse, für die sich die CDU auch einsetzt, hinausgeht, wird der besondere Schutz der Ehe durch das Grundgesetz ausgehöhlt. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften werden faktisch der Ehe gleichgestellt. Eine rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften mit der Ehe lehnen wir ab.

Die CDU ist die Partei von Ehe und Familie. Mit unserem familienpolitischen Programm haben wir deutlich



Mit den „Familien-Gesprächen“, die wir Ihnen vorschlagen, bietet sich vor allem auch die Möglichkeit, unser familienpolitisches Programm vor Ort zu diskutieren und daraus Aktionen zur Verbesserung der Lage der Familien in den Städten zu entwickeln.

gemacht, dass für uns Ehe und Familie auch weiterhin Zukunft haben. Deshalb wollen wir auf jeder Ebene der Partei offensiv für Ehe und Familie werben.

Die Botschaft der CDU ist klar

Gehen Sie deshalb auf die Menschen zu. Nutzen Sie jede Chance, für unser Anliegen zu werben – im Gespräch, bei Veranstaltungen und Straßenaktionen, in

Ihrem Internet-Auftritt. Die Botschaft der CDU ist klar: Der Entwurf von Rot-Grün für ein Lebenspartner-Gesetz ist ein gesellschaftspolitischer Irrweg. Davon wollen wir die Menschen überzeugen.

Ich wünsche Ihnen bei Ihrer Arbeit vor Ort viel Erfolg!

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Angela Merkel

DER „KLEINE PARTEITAG“

findet am 20. November in Stuttgart statt.

Anmeldungen für Gäste bitte an: Hauptabteilung Organisation, Klingelhöfer Straße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30/2 20 70-0, Telefax 0 30/2 20 70-1 11.

Ehe und Familie stehen unter dem **besonderen Schutz** der staatlichen Ordnung

7 Argumente gegen den Gesetzentwurf zur „eingetragenen Lebensgemeinschaft“ gleichgeschlechtlicher Paare

1. Ehe und Familie sind die Keimzelle jeder staatlichen Gemeinschaft. Die auf Dauer angelegte Ehe ist die beste Grundlage dafür, dass Frau und Mann partnerschaftlich füreinander und als Mutter und Vater für ihre Kinder Verantwortung übernehmen. Die Familie ist der erste und wichtigste Ort, an dem Kinder um ihrer selbst willen angenommen werden und Geborgenheit und Liebe erfahren. In ihr werden am besten die Eigenschaften und Fähigkeiten entwickelt, die Voraussetzung einer freien und verantwortlichen Gesellschaft sind – vor allem die Bereitschaft, dauerhaft und verlässlich Verantwortung für andere zu übernehmen.

Deshalb ist die Familie wie keine andere Gemeinschaft eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Der

Zusammenhalt in den Familien ist eine zentrale Grundlage für die Solidarität und die Stabilität der Gesellschaft.

2. Dieser besonderen Bedeutung der Familie für Gesellschaft und Staat wird unsere Verfassung dadurch gerecht, dass sie Ehe und Familie unter den „besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“ stellt. Angesichts dessen, was Familien für Gesellschaft und Staat leisten, hat der Staat den Verfassungsauftrag, Ehe und Familie in besonderer Weise zu schützen und zu fördern. Er tut dies durch direkte Transferleistungen und Sonderregelungen in vielen Rechtsbereichen – vom Steuerrecht bis zum Rentenrecht.

Trotz des tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels, den wir am Beginn des 21. Jahrhunderts beobachten können, sind Ehe und Familie die attraktivste Lebensform geblieben. Sie haben nichts von ihrer grundsätzlichen Bedeutung für Staat und Gesellschaft eingebüßt. Deshalb ist der

besondere Schutz, den Artikel 6 unserer Verfassung Ehe und Familie gewährt, nach wie vor gut begründet und darf nicht zur Disposition gestellt werden.

3. Jede Gesetzgebung muss der fundamentalen Bedeutung der Ehe Rechnung tragen; das Recht prägt nachhaltig das Wertebewusstsein. Die gesamte Rechtsordnung muss so ausgestaltet sein, dass der besondere Wert von Ehe und Familie nicht beschädigt, gemindert oder verschleiert wird. Die Ehe ist mit keiner anderen Lebensgemeinschaft gleichzusetzen. Wo solche Gleichsetzungen unzulässigerweise vorgenommen werden, geht dies notwendigerweise zu Lasten von Ehe und Familie, die dann auch in ihrer Bedeutung für Staat und Gesellschaft als eine in ihrer Werthaftigkeit beliebig zu wählende Lebensform unter anderen erscheint. Die Privilegierung der Ehe ist kein Grund für eine Gleichstellung der Lebenspartnerschaften mit ihr.

4. Diesen Weg geht aber der von der rot-grünen Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf über eingetragene Lebenspartnerschaften für gleichgeschlechtliche Partner. Hier wird der Versuch unternommen, das Eheprivileg des Grundgesetzes auf gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften so weit wie möglich zu übertragen. Dieser Versuch steht gegen Geist und Buchstaben unserer Verfassung. Hier soll Ungleiches gleich behandelt werden. Die Folge ist, dass der besondere Wert von Ehe und Familie nicht mehr erkennbar bleibt. Deshalb lehnt die CDU, die sich immer als Partei der Familie verstanden hat, den rot-grünen Gesetzentwurf ab. Gleichbehandlung bedeutet, dass Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden muss.

5. Mit der Ablehnung der eingetragenen Partnerschaft nach den Plänen der Bundesregierung ist keine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften verbunden. Die CDU respektiert die Entscheidung von Menschen, die in solchen Partnerschaften ihren ganz persönlichen Lebensentwurf zu verwirklichen suchen. Sie anerkennt, dass auch in solchen

Beziehungen Werte gelebt werden können, die grundlegend sind für unsere Gesellschaft. Wir werben für Toleranz und wenden uns entschieden gegen jede Form von Ausgrenzung oder Diskriminierung. Es war die CDU, die Strafvorschriften, die speziell die Homosexualität betrafen, abgeschafft hat. Auch in dieser Hinsicht gilt der Grundsatz, dass die Politik den Menschen nicht vorschreiben darf, wie sie zu leben haben. Zu einer religiös fundierten ethischen Bewertung der Homosexualität fehlt der Politik jedwede Kompetenz.

6. Die CDU lehnt den rot-grünen Gesetzentwurf ab, weil er eine Fülle von Regelungen, die zum Schutz und zur Förderung von Ehe und Familie geschaffen wurden, auf gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften übertragen will. Geschähe dies, würde der „besondere Schutz“ seiner Inhalte beraubt.

Die CDU wendet sich deshalb gegen alle Versuche, Schutz- und Begünstigungsbestimmungen für Ehe und Familie auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften zu übertragen:

■ Eine Ehe oder ein der Ehe gleich kommendes Rechtsinstitut für gleichgeschlecht-

liche Paare kann es nicht geben. Aus gleichem Grund sollten derartige Lebenspartnerschaften auch nicht auf dem Standesamt beurkundet werden.

■ Gesetzliche Unterhaltspflichten gleichgeschlechtlicher Paare wie unter Ehegatten, ein quasi-eheliches Güterrecht, ein sozialversicherungsrechtlicher Versorgungsausgleich im Trennungsfall, Hinterbliebenenrente sowie ein gesetzliches Erb- und Pflichtteilrecht wie unter Eheleuten würden dazu beitragen, den Unterschied gleichgeschlechtlicher Partnerschaften zu Ehe und Familie zu nivellieren; diese Regelungen müssen der Ehe vorbehalten bleiben.

■ Das steuerrechtliche Ehegatten-Splitting ist auf gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften nicht übertragbar. Das Ehegatten-Splitting schafft einen steuerlichen Ausgleich für den vom haushaltsführenden Ehepartner erbrachten Unterhaltsbeitrag, wozu insbesondere auch die Erziehung von Kindern zu rechnen ist.

Im Übrigen steht es gleichgeschlechtlichen Lebenspartnern offen, Unterhaltsansprüche, Eigentumsfragen oder letztwillige Verfügungen zu Gunsten des Partners durch Erklärungen und Vollmachten nach den

rechtlichen Normen bzw. durch privatrechtliche Verträge zu regeln. Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu erlassen, ist es notwendig, kein Gesetz zu erlassen.

7. Die CDU ist bereit, rechtliche Hindernisse, die dem gemeinsamen Leben und der gegenseitigen Fürsorge in gleichgeschlechtlichen Beziehungen im Wege stehen, so rasch wie möglich zu beseitigen. Wir wollen den rechtlichen Schutz gleichgeschlechtlicher Partnerschaften dort verbessern bzw. herstellen, wo dieser Schutz nicht oder nur unvollkommen durch das bestehende Rechtsinstrumentarium geschaffen werden kann. Dazu zählen insbesondere:

- Im Mietrecht sollte die Möglichkeit geschaffen werden, dass ein überlebender Partner einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft automatisch in das bestehende Mietverhältnis eintreten kann.

- Vor Gericht soll auch ein Homosexueller nicht in die Zwangslage geraten dürfen, gegen den ihm in einer Partnerschaft verbundenen Menschen aussagen zu müssen. Auch für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften sollte ein Zeugnisverweigerungsrecht ermöglicht werden.
- Die für Angehörige gel-

tenden großzügigeren Vorschriften bei Besuchen in Justizvollzugsanstalten sollten auch für Partner in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften angewandt werden.

- Im Fall des Todes eines gleichgeschlechtlichen Lebenspartners liegt derzeit das Recht der Totensorge in der Regel bei den Angehörigen mit der unter Umständen tragischen Folge, dass der überlebende Lebenspartner von der Beerdigung und/oder vom Besuch des Grabes ausgeschlossen wird. Hier sind die Vorschriften des Bestattungsrechtes zu ändern.

- Die Vorschriften über das Auskunfts- und Besuchs-

recht in Krankenhäusern machen die gegenseitige Fürsorge gleichgeschlechtlicher Partner im Krankheitsfall unmöglich, sofern keine ausdrückliche Vollmacht vorliegt. Diese Vorschriften sollten flexibilisiert werden.

- Gleichgeschlechtliche Partnerschaften sollten die von ihnen gewünschten Rechtsregelungen für ein gemeinsames Leben von einem Notar beurkunden lassen. Die in dieser Weise geordneten persönlichen Verhältnisse sind zugleich Nachweis ihrer – grundsätzlich – auf Dauer angelegten Partnerschaft, ohne dass es dazu eines eigenen Rechtsinstitutes bedarf.

„GEHEN SIE AUF DIE MENSCHEN ZU!“

Aktionsvorschlag – „Familien-Gespräche“

Die Diskussion um das von Rot-Grün geplante „Lebenspartnergesetz“ bietet der CDU nicht nur die Chance, ihre Position zu diesem Aspekt deutlich zu machen. Sie bietet vor allem auch die Möglichkeit, unser familienpolitisches Programm vor Ort zu diskutieren und daraus entsprechende Aktionen zur Verbesserung von Familien

in den einzelnen Städten und Gemeinden herzuleiten. Ein Beitrag zur Intensivierung der familienpolitischen Diskussion kann eine CDU-Reihe „Familien-Gespräche“ sein.

Das Ziel

Ziel der Gesprächsreihe ist es, einen intensiven

Dialog mit allen lokalen Gruppen und Organisationen aufzubauen, die sich vor Ort um die Familien kümmern. Dabei sollte in den einzelnen Gesprächen

- das familienpolitische Programm der CDU „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“ vorgestellt werden.
- die Situation von Familien vor Ort diskutiert werden.
- die Position der CDU zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften dargelegt werden.

Über diese Gespräche hinaus sollte eine regelmäßige Kontaktaufnahme angestrebt werden.

Die Gesprächspartner

Als mögliche Gesprächspartner kommen u. a. in Frage:

- die Kirchen und die jüdischen Gemeinschaften
- Familienverbände
- Familienbildungsstätten
- Kinderschutzbund
- Träger von Kinder- und Familieneinrichtungen
- Jugendorganisationen (z.B. kirchliche Jugendverbände, Stadtjugendring)
- Elterninitiativen

Der Ablauf

Der CDU-Kreisverband stellt in einem Brief an die Repräsentanten dieser Gruppen die CDU-Position zu diesem Themenkomplex dar (der Brief der Parteivorsitzenden an die Vertreter der Kirchen – www.cdu.de/infonet – kann als Musterbrief dienen) und lädt die Vertreter dieser Gruppen und Organisationen nacheinander zu Gesprächen ein.

In der Einladung werden die oben beschriebenen Themenkomplexe als Gesprächsgegenstand vorgeschlagen. Die Gespräche sollten in einem zeitlichen Rahmen z.B. August bis Oktober stattfinden, um den Charakter einer Gesprächsreihe deutlich zu machen.

Die Medienarbeit

Sobald die Termine fixiert sind, stellt der Kreisvorsitzende die „Familien-Gespräche“ der Presse vor.

Nach den einzelnen Gesprächen wird ein Pressestatement – gemeinsam mit den Gesprächspartnern – abgestimmt bzw. eine Pressekonferenz durchgeführt. Die Gespräche selbst sollten ohne Presse stattfinden.

Zum Abschluss der Gesprächsreihe werden die Ergebnisse zusammengefasst und die Bilanz sowie

Die Kirchen in Deutschland haben sich stets besonders für den Schutz von Ehe und Familie eingesetzt. Auch die CDU versteht sich als Anwalt von Ehe und Familie. Eine rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften mit der Ehe lehnen wir daher entschieden ab.

*Aus dem Brief
der Parteivorsitzenden
an die Kirchen*

die für die CDU daraus resultierenden lokalen Aktivitäten der Presse vorgestellt.

Begleitend wird im Internet-Auftritt auf die Gesprächsreihe verwiesen und die Argumentation zu dem Thema eingestellt.

<http://>

Weitere Informationen
→ unsere Pressemitteilung „Familien-Gespräche“ → Brief der Parteivorsitzenden an die Kirchen → www.cdu.de/infonet

Wir brauchen den offenen und transparenten **Bildungsmarkt**

Anlässlich der Vorstellung der Projekte „Stiftung Bildungstest“ und „Sachverständigenrat Bildung“ haben die stellvertretende Vorsitzende, Annette Schavan, und das Mitglied des Ausschusses für Bildung und Forschung des deutschen Bundestages, Norbert Hauser, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 31. Juli ein bildungsfreundliches Klima als Voraussetzung für gesellschaftliche Innovationsfähigkeit gefordert.

Die „Stiftung Bildungstest“ soll deshalb die Öffentlichkeit über die Qualität einzelner Bildungsangebote, Lehr- und Lernmittel informieren. Sie soll als gemeinnützige, unabhängige Stiftung bürgerlichen Rechts von Bund und Ländern errichtet werden. Ihr Auftrag ist die dauerhafte Aufrechterhaltung und Verbesserung von Standards im Bereich der Ausbildung, Weiterbildung und Qualifizierung. Sie soll Qualitätsmaßstäbe entwickeln und etablieren. Dabei wird die Sorgfalt bei der Entwicklung und die Unabhängigkeit bei der Durchführung von Prüf-

verfahren für den Wert der veröffentlichten Ergebnisse garantieren.

Die Bildungsdebatte, so Annette Schavan, ist reif für die „Stiftung Bildungstest“. „Wir brauchen jetzt keine weiteren Appelle mehr, wie wichtig Bildung ist. Wir brauchen Vertrauen, dass die in Deutschland angebotene Bildung gut ist“, sagte die Vorsitzende der Bildungskommission des Präsidiums.



Wichtiger Baustein für eine zukunftsfähige Gesellschaft

„Lernen muss sich lohnen“ – das Testurteil der „Stiftung Bildungstest“ muss ein jedermann bekanntes Markenzeichen werden, das zur persönlichen Investition in Bildung ermutigt. Die Bewertung „Bildungstest: Sehr gut“ muss eine Erfolgsgarantie für jeden sein, der sich entschließt, in die eigene Bildung zu investieren. „Wenn dies gelingt, kann die „Stiftung Bildungstest“ ein wichtiger Baustein für eine zukunftsfähige Gesellschaft werden“, so Schavan.

Entscheidend für Akzeptanz und Erfolg der „Stiftung Bildungstest“ werde – wie bei der „Stiftung Warentest“ – ihre Marktgerechtigkeit sein. Die Bürgerinnen und Bürger sollen nicht bevormundet, „betreut“ und „begleitet“ werden, sondern konkrete Antworten auf diejenigen Fragen bekommen, die sie sich bei der persönlichen und familiären Bildungsplanung stellen, betonte der Abgeordnete Norbert Hauser.

Welche Angebote geprüft werden, müsse der Markt entscheiden. Die „Stiftung Bildungstest“ soll deshalb keiner bürokratischen Einschränkung unterworfen sein. Sie soll von der Lernsoftware über das Lexikon bis zur beruflichen Qualifizierungsmaßnahme alles testen dürfen, was ihre Kundinnen und Kunden getestet sehen wollen.

Norbert Hauser beschrieb das Profil der neuen Einrichtung: „Die ‘Stiftung Bildungstest’ ist kein Instrument der öffentlichen Bildungssteuerung, sondern soll helfen, einen transparenten und offenen Bildungsmarkt herzustellen.“

len. Sie soll den Wettbewerb und das Kostenbewusstsein im Bildungswesen stärken. Denn nur Wettbewerb schafft Qualität, und nur Qualität schafft Vertrauen.“ Hauser kündigte für den Herbst 2000 einen entsprechenden Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an.

Die „Stiftung Bildungstest“ soll sich durch Einnahmen aus Publikationen finanzieren. Ein jährlicher Zuschuss des Bundes und der Länder soll ihren Haushalt ausgleichen. Struktur und Arbeitsweise sollen sich möglichst nah an die erfolgreiche „Stiftung Waren-test“ anlehnen.

Norbert Hauser: „Die ‘Stiftung Bildungstest’ wird immer wieder nachweisen, dass sich Bildung lohnt, wenn sie Qualität hat.“

Sachverständigenrat Bildung: Bund soll „Bildungsweise“ berufen

Hauser erläuterte seinen Vorschlag, in Anlehnung an die „Fünf Wirtschaftsweisen“ einen Sachverständigenrat Bildung zu berufen: „Soll der Standort Deutschland auch in Zukunft Spitze sein, müssen wir heute schon Vorstellungen von den Bildungs- und Ausbildungsanforderungen haben, die uns in 10 Jahren erwarten.“



Annette Schavan und Norbert Hauser: Die Bürger sollen konkrete Antworten auf Fragen ihrer persönlichen und familiären Bildungsplanung bekommen.

Die Entwicklungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehens mit Blick auf die Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft machen deutlich, dass Qualifizierung, Aus- und Fortbildung sowie kontinuierliche Innovationsentwicklungen Schlüsselbereiche darstellen.

Die Aufgabe der „Bildungsweisen“ soll die Untersuchung der Bildungsmärkte, die Analyse und Bewertung von Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungstrends mit Blick auf langfristige Entwicklungen einerseits und ein Abgleich mit den staatlich und gewerblich gesetzten Zielen andererseits sein. In einem jährlich erscheinenden Gutachten, das dem Bundeskanzler vorzulegen ist, sollen Zukunftstrends beschrieben und Strukturempfehlungen daraus abgeleitet werden. Diese

gestatten Politik, Wirtschaft, Nachfragern und Anbietern am Bildungsmarkt, ihre Aktivitäten zu orientieren und zu modifizieren.

Der Sachverständigenrat bildet auf diese Weise eine Art „Frühwarnsystem“, so Hauser, das Schwachstellen bestehender Bildungsgedanken bzw. Ausbildungssysteme frühzeitig aufspüren und bekanntmachen könne. „Wissen ändert sich schneller, als wir reagieren.“

Annette Schavan sieht in der Berufung der „Bildungsweisen“ nicht nur eine symbolische Aufwertung des Themas Bildung: „Der Jahresbericht der Bildungsweisen wird die Bildungsdebatte beleben und alle Akteure im Bereich Schule, Hochschule und Weiterbildung unter produktiven Handlungsdruck setzen.“

Steuerreform muss an zentralen Punkten **nachgebessert** werden

Zu den im Frühherbst anstehenden parlamentarischen Beratungen über die Nachbesserungen des Steuerreformgesetzes erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:

Die rot-grüne Steuerreform entfaltet ihre volle Entlastungswirkung erst im Jahre 2005. Nach dem bescheidenen Einstieg in die Steuerreform im Jahr 2001 bringt das Vermittlungsergebnis in den Jahren 2002 bis 2004 sogar gegenüber dem ursprünglichen Entwurf der Bundesregierung Mehrbelastungen für Bürger und Unternehmen. Dieser Geburtsfehler der rot-grünen Steuerreform muss bei den parlamentarischen Beratungen beseitigt werden. Ohne Nachbesserungen darf die Union im Bundestag nicht zustimmen, denn die Steuerreform tritt zeitgleich mit der dritten Stufe der sog. Ökosteuer in Kraft, die die wirtschaftliche Entwicklung belastet.

Die Union muss mit Nachdruck darauf drängen, dass es bald zu einer spürbaren Steuerentlastung für alle Ein-



D. Austermann

kommensbezieher kommt. Die spürbare Absenkung des Eingangsteuersatzes um fast 11 Prozentpunkte im Jahre 2005 bei gleichzeitiger Anhebung des Grundfreibetrages entlastet den Kleinverdiener. Allerdings schlägt gerade dann die Ökosteuer zu; die Absenkung der Körperschaftsteuer auf 25 % und des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer auf 42 % entlastet die wirklichen „Großverdiener“ deutlich.

Die in Wahlkampfzeiten so hofierte „Neue Mitte“, d. h. die Facharbeiter, die qualifizierten Angestellten, die Freiberufler usw., hat Rot-Grün mit der beschlossenen Steuerreform verraten: die Absenkung des Grenzbetra-

ges, ab dem der Spitzensteuersatz zu zahlen ist – um rd. 8.000 DM auf nunmehr rd. 102.000 DM – führt insbesondere im Einkommensbereich der „Neuen Mitte“ (etwa 60.000 DM bis 100.000 DM zu versteuerndem Einkommen) zu nur geringfügigen Entlastungen. Unter Berücksichtigung der bis 2005 anzunehmenden jährlichen Einkommenssteigerungen von 2 bis 3 vH ändert sich die prozentuale Steuerbelastung dieser Einkommensbezieher praktisch nicht.

Beispiel: Wer im Jahr 6 Millionen DM verdient, wird ab dem Jahr 2005 um rd. 1/2 Million entlastet; und wenn er 2005 noch eine Million DM mehr verdient, ändert sich an dieser Entlastungswirkung nichts – er wird definitiv um rd. 10 Prozentpunkte entlastet! Wer aber heute 80.000 DM verdient und im Jahr 2005 90.000 DM, dessen prozentuale Steuerbelastung bleibt praktisch unverändert.

Das müssen wir zugunsten der Leistungsträger dieser Gesellschaft korrigieren. Hierzu bietet es sich an, den Betrag, ab dem der Spitzensteuersatz zu zahlen ist, wie-

Kanzler der eitlen **Selbstinszenierung**

Zu der von Bundeskanzler Schröder zugesagten, aber ausgebliebenen Hilfe für den Holzmann-Konzern erklärte Generalsekretär Ruprecht Polenz:

Als Augenblickskanzler spielt Schröder mit der Vergesslichkeit der Menschen. Am 24. November stellte er sich als Retter in der Not vor die sorgenvollen Arbeitnehmer der Holzmann AG und versprach Darlehen und Bürgschaft in einer Gesamthöhe von 250 Millionen Mark.

Dies tat er ohne Rücksicht auf die Mitbewerber Holzmanns, insbesondere in der mittelständischen Bauindustrie. Allein das Kanzlerwort und das Aus-

scheren der Holzmann AG aus dem Tarifvertrag dürfte inzwischen manchen Konkurrenten in Schwierigkeiten gebracht haben.

Keine müde Mark

Aber Schröder war der Jubel der betroffenen Holzmann-Arbeiter wichtiger als ordnungspolitische Grundsätze. Umso mehr muss sich jetzt auch die Belegschaft von Holzmann vor den Kopf gestoßen fühlen. Denn bis heute ist von den zugesagten Kanzlergeldern keine müde Mark geflossen. In acht Monaten hat er es nicht für nötig gehalten, sein Versprechen einzulösen. Die Behauptung, sein Ver-

sprechen gelte vorbehaltlich einer Zustimmung durch die EU, ist der durchsichtige Versuch, sich aus der Affäre zu ziehen

Der Kanzler erweist sich beim Wortbruch als Wiederholungstäter. Die Holzmann-Affäre reiht sich ein in eine Reihe gebrochener Versprechen. Schröder hat die Rentner dreimal hinters Licht geführt und ist auch in der Bildungspolitik wortbrüchig. Von der versprochenen Verdoppelung der Bildungsinvestitionen ist keine Rede mehr.

Für Schröder zählt nur die eitle Selbstinszenierung des Augenblicks. Er setzt auf ein kurzes Gedächtnis der Menschen.

der auf 110.000 DM heraufzusetzen. Dies würde die Steuerkurve nach rechts verschieben und vor allem die mittleren Einkommensbezieher, Angestellte, Selbstständige und mittelständische Unternehmer entlasten.

Der Spielraum für diese Verbesserungen im Korrektur-Gesetz ist vorhanden; der Kollege Metzger, der gerade wieder einmal von Steuer-

mehreinnahmen in Milliardenhöhe berichtet, bestätigt damit ungewollt unseren Verdacht, dass sich der Finanzminister bei der letzten Steuerschätzung bewusst arm gerechnet hat. Davon abgesehen kommt es gerade in diesem Jahr zu unerwarteten Mehreinnahmen der öffentlichen Hand.

Allein die Versteigerung der UMTS-Lizenzen wird

zur Zeit mit 60–80 Mrd DM taxiert; hier war zuvor von 120 Mrd DM die Rede. Mit Hilfe dieser Einnahmen wäre es dem Bundesfinanzminister auch möglich, allen Ländern dabei zu helfen, verfassungskonforme Haushalte vorzulegen. Über die einzelnen Instrumente eines „Steuerreform-Finanzausgleichs“ muss im Herbst verhandelt werden.

Verfassungsschutz und Polizei im Kampf gegen den **Rechtsextremismus** stärken

Die erschreckenden Beispiele rechtsextremer Gewalt gerade in den neuen Bundesländern dürfen niemanden gleichgültig lassen.

Es muss alles unternommen werden, den menschenverachtenden Gewalttaten gegenüber Ausländern, Obdachlosen und Behinderten in Deutschland nachdrücklich entgegenzutreten und dem schlimmen Treiben endlich Einhalt zu gebieten.

Die Schröder-Regierung trägt eine beträchtliche Mitverantwortung an der besorgniserregenden Situation. Statt konzertierter Betroffenheitserklärungen muss sie endlich handeln.

SPD-Landesregierungen haben versagt

Es ist unerträglich, dass heute jene aufschreiben, die jede Art von Bekämpfung des Radikalismus leichtfertig und aus ideologischen Gründen geschwächt haben. Die SPD-Landesregierungen haben unter Beteiligung der Grünen oder Duldung der PDS die staatlichen Instrumente zur



Bekämpfung und Kontrolle der Extremisten systematisch unwirksam werden lassen. An erster Stelle der damalige Ministerpräsident von Niedersachsen, Gerhard Schröder.

So wurde in Niedersachsen in der Regierungszeit von Ministerpräsident Gerhard Schröder die Zahl der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes auf nahezu die Hälfte reduziert. In Sachsen-Anhalt, wo die SPD unter Duldung der PDS regiert, wurde das Landesamt für Verfassungsschutz 1999 aufgelöst und werden seine Aufgaben nun vom Landesinnenministerium mitverwaltet. Wer den Verfassungsschutz schwächt, stärkt im Ergebnis den Radikalismus. Er han-

delt in höchstem Maße verantwortungslos.

Es gibt ein Bündel an Ursachen, die zu der jetzigen Situation geführt haben. Gegenmaßnahmen müssen deshalb gebündelt und mit unterschiedlicher Stoßrichtung eingesetzt werden. Dazu gehört vor allem ein breiter gesellschaftlicher Diskurs über die Werte, die unsere Gesellschaft zusammenhalten.

Mit Warten ist es nicht getan

Schröder muss als selbsternannter Chef für den Aufbau Ost endlich seine Versprechen wahr machen. Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in den neuen Ländern, vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit, macht das Versagen Schröders offenkundig. Mit dem Warten auf die Wirkungen einer besseren Konjunktur ist es nicht getan. Zum Aufbau Ost gehören auch der Aufbau einer sinnvollen Jugendarbeit und die Vermittlung von Werten. Die Schröder-Regierung hat hier, außer wortreichen Ankündigungen, nichts vorzuweisen.

HANSJÜRGEN DOSS:

Gegen Ausweitung der **Mitbestimmung** auf Kleinstbetriebe

REFORMSTAU gibt es in Deutschland auch nach Verabschiedung der Steuerreform. Die geplante Rentenreform muss unbedingt verwirklicht werden, und auch die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts steht weiterhin aus. Horst Köhler, Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF): Was hier bisher getan wurde, reicht eindeutig nicht.

EIN FLOP droht nach Meinung von immer mehr Arbeitgebern die Green-Card-Vergabe zu werden. Enorme sprachliche Probleme und Mangel an rechtlichem Hintergrundwissen sind die meist genannten Gründe dafür, dass nur sehr zögerlich von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, Arbeitsplätze mit ausländischen IT-Spezialisten zu besetzen.

EIN SIGNAL hat nach Meinung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung die „Frankfurter Allgemeine“ gesetzt. Seit 1. August ist die renommierte Tageszeitung wieder zur alten Schreibweise zurückgekehrt. Begründung: Die Ziele der Rechtschreibreform sind nicht erreicht worden.

Zu den vorgelegten Plänen der SPD und nun auch der Grünen zur Reform der Mitbestimmung erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss.

Dem persönlich haftenden mittelständischen Unternehmer, der bereits bei der Steuerreform nicht ausreichend berücksichtigt wurde, steht neuer Ärger ins Haus.

Bereits im Februar diesen Jahres hatte Riester angekündigt, die Mitbestimmung schon in Kleinstbetrieben ab drei Mitarbeitern einführen zu wollen. Die nun vorliegenden Pläne der Grünen sehen ebenfalls eine massive Ausweitung der Mitbestimmung in kleinen und mittleren Betrieben vor.

Der mittelständische Unternehmer, der flexibel und schnell auf marktwirtschaftliche Veränderungen reagieren muss, um sein Unternehmen wettbewerbsfähig zu halten, bekommt mit diesen Plänen einen Knüppel zwischen die Beine geworfen:

■ es wird ein kosten- und

zeitintensiver bürokratischer Aufwand entstehen,

■ Verantwortung wird verlagert und Entscheidungsprozesse werden erschwert und verlängert;

■ dies führt zu einer massiven Einschränkung unternehmerischer Flexibilität,

■ Existenzgründer und ausländische Investoren werden abgeschreckt,

■ die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber ausländischen Unternehmern wird massiv eingeschränkt.

Statt den Mittelstand, der zwei Drittel aller Arbeitsplätze und 80% aller Ausbildungsplätze bereitstellt, zu entlasten, wird er mit dieser Art von Politik zusätzlich belastet und demotiviert. Ihm wird die Möglichkeit genommen, erfolgreich zu wirtschaften und Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Ende des Jahres soll der „Kampf gegen die mitbestimmungsfreien Zonen“ in einem Gesetzentwurf münden. Dem Mittelständler stehen wieder einmal äußerst trübe rot-grüne Aussichten bevor. **UID**

Ernüchternde **Halbzeitbilanz** auch in der Innen- und Rechtspolitik

Zur Halbzeitbilanz der rot-grünen Koalition erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach:

Gerade in der Innen- und Rechtspolitik zeigt sich, dass das vom Bundeskanzler der Öffentlichkeit vorgebrachte Eigenlob ohne Substanz und sachliche Berechtigung ist:

Tatsächlich wird die rot-grüne Innen- und Rechtspolitik charakterisiert durch Untätigkeit auf der einen und großspurig angekündigte Projekte auf der anderen Seite, die entweder an den Realitäten bereits gescheitert sind oder vor dem Scheitern stehen.

So ist das im ersten rot-grünen Elan verkündete Prestigeprojekt, die Revolutionierung unseres Staatsangehörigkeitsrechts, bereits im Frühsommer 1999 an dem in der Unterschriftenaktion von CDU und CSU deutlich gewordenen Widerstand der Bevölkerung gescheitert.

Es ist nicht einmal in Ansätzen erkennbar, dass die Koalitionsvereinbarung in der praktischen Politik um-



gesetzt werden wird. Den vollmundigen Ankündigungen im Bereich der Inneren Sicherheit und der Staatsmodernisierung sind bis heute keine Konzepte oder gar Taten gefolgt.

Ausweichen in die „Kommissionitis“

Die öffentlichkeitswirksamen Positionierungen des Bundesinnenministers in der Ausländer- und Asylpolitik („Die Grenzen der Belastbarkeit der Bundesrepublik durch Zuzug sind überschritten.“) sind im Kabinett regelmäßig nicht mehrheitsfähig.

Tatsächlich schafft die Bundesregierung neue Anreize für weitere Zuwande-

rung: durch eine erleichterte Visaerteilung, durch die Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylbewerber, die konzeptionslose Durchbrechung des Anwerbestopps von 1973 und durch das Hinauszögern eines Zuwanderungsbegrenzungsgesetzes; letzteres geschieht durch das Ausweichen in die „Kommissionitis“.

Bei der neuen Idee von Rot-Grün, gleichgeschlechtlicher Partnerschaften der Ehe gleichzustellen, meldet sich der Bundesinnenminister korrekterweise mit Bedenken zu Wort. Dagegen setzt sich koalitionsintern die verfassungsrechtlich legerere Haltung der Bundesjustizministerin durch. Diese läßt sich von den Grünen ihre Rolle als Verfassungsmministerin abhandeln – für deren Zustimmung zum eigenen Lieblingsprojekt, unseren Justizaufbau durcheinander zu bringen. Gegen die einmütige Kritik des juristischen Sachverständes aus der Praxis und der Landesjustizminister opfert die Ministerin eine funktionsfähige Zivil- und Strafjustiz dem Bedürfnis, sich ein legislatorisches Denkmal zu setzen.

MARIA EICHHORN:

Rot-Grün **benachteiligt** die Frauen

Zur Renten- und Steuerreform der Bundesregierung erklärte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn:

Nachdem die Bundesregierung die Kritik des Frauenbündnisses aus Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, des Bundes Katholischer Unternehmer und dem Deutschen Frauenrat an der geplanten Rentenreform zurückgewiesen hat, schließt sich jetzt auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung (DIW) unserer Auffassung an, dass die Rentenreform die Frauen besonders benachteiligt.

Die Absenkung des Standard-Rentenniveaus auf ca. 61 Prozent wirkt sich insbesondere für Frauen verheerend aus, da sie, bedingt durch die Kindererziehungszeiten, nicht die hierfür geforderten 45 Beitragsjahre erreichen können.

Der drohenden Altersarmut von Frauen kann nur durch eine klare familienpolitische Komponente bei der

Förderung des Aufbaus einer privaten Altersvorsorge entgegengewirkt werden. Die bisher vorgesehenen Maßnahmen der Bundesregierung sind absolut unzureichend. Gerade Familien sind aufgrund der hohen finanziellen Belastungen und Einkommensverluste während der Kindererziehung mit dem Aufbau einer privaten Vorsorge überfordert. Während nach dem Regierungsentwurf z.B. ein kinderloses Ehepaar mit bis zu 700,00 DM jährlich gefördert werden soll, ist die

Familie mit zwei und mehr Kindern der Bundesregierung gerade mal eine Förderung von maximal 1000,- DM pro Jahr wert. Als Krönung der Ungerechtigkeit wird die Anzahl der Kinder, die eine Familie zu versorgen hat, bei den Einkommengrenzen für eine Förderung nicht berücksichtigt. Kinderlose Ehepaare und Familien erhalten nach dem Regierungsentwurf eine Förderung bis zu einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 70.000 DM.

UNSER RENTENKONZEPT IST KLAR

Die **wichtigsten** Punkte:

- Wir wollen einen Zeithorizont bis mindesten 2030.
- Beim Ausbau der privaten Vorsorge fehlt nach wie vor eine ausreichende Förderung der Familien. Wir wollen einen direkten Zuschuss von 30 DM pro Kind und Monat.
- Wir sind nach wie vor gegen Rentenanpassung nach Inflationsrate.
- Grundsicherung innerhalb der Sozialhilfe: nicht akzeptabel. Sie hätte ungerechte Verteilungswirkungen und würde den Kommunen neue Lasten aufbürden.
- Der „Ausgleichsfaktor“, der zu einem Rentenniveau von 54 Prozent geführt hätte, ist zwar verändert worden. Aber ein Niveau von 64 Prozent, das erreicht werden soll, ist immer noch nicht gesichert.
- Die Beitragssätze für die jüngere Generation dürfen nach unserer Auffassung von Generationengerechtigkeit nicht höher sein als die der älteren Generation.

Innovationspolitik als strategisches Handlungsfeld der CDU

Für die CDU ist klar: Wir wollen, dass Deutschland erfolgreich im Wettbewerb um führende wissenschaftliche, technologische und wirtschaftliche Leistungen ist.

Wohlstand für alle kann nur gesichert werden, wenn wir auf möglichst vielen Feldern

Spitze sind. Nur dann werden wir auch die Richtung der Entwicklung mitbestimmen können.

Forschungs- und Innovationspolitik ist deshalb ein ganz zentrales Thema für unser Land und ein ganz zentrales Thema für die parteipolitische Profilierung der CDU. Die Menschen werden in Zukunft stärker als bisher ihre Wahlentscheidung davon abhängig machen, wem sie die bessere Innovationspolitik zutrauen.

Chancen der CDU als Innovationspartei nutzen

Unsere Ausgangschancen sind gut. Die CDU hat sich immer den Herausforderun-

gen unserer Zeit – Ressourcenschonung, Ernährung und Gesundheit, umweltfreundliche Energieversorgung und Erfüllung der Mobilitätsansprüche – gestellt und dabei

**Heribert Offermanns:
Wir haben vielfältige Initiativen auf den Weg gebracht.**

Forschung und Innovation als große Chance gesehen, ohne die Abwägung der Risiken zu vernachlässigen.

Die anderen Parteien, auch das rot-grüne Regierungslager, haben sich heute Forschung und Innovation auf ihre Fahnen geschrieben, bleiben jedoch unglaubwürdig. Die Entscheidung gegen den Transrapid und das Ignorieren des wissenschaftlichen Urteils bei der Frage der Zulassung des Anbaus von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen sind Beispiele für das Auseinanderfallen von verbalen Bekenntnissen zu Forschung und Technik und konkreten innovationsfeindlichen Entscheidungen. Gerade die junge Generation

nimmt den Sachverhalt deutlich wahr. Die Jugend von heute ist leistungsorientiert und technikaufgeschlossen. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass unter den jungen

Menschen die Zahl der Sympathisanten der Union angestiegen ist. Dies belegen die Wahlergebnisse

ebenso wie die Ergebnisse der jüngsten Shell-Jugendstudie.

Es gilt nun, unsere gute Ausgangsposition zu nutzen und die CDU als **die** Innovationspartei in der Öffentlichkeit deutlich erkennbar zu machen. Dies erfordert die Besetzung der Zukunftsthemen und das Zusammenspiel der politischen Organe.

Breiter Fächer innovations- und bildungspolitischer Aktivitäten

Die CDU hat in den Erfurter Leitsätzen bereits im April 1999 das ehrgeizige Ziel formuliert, Deutschland zum modernsten Wis-

senschafts- und Innovationsstandort in Europa entwickeln zu wollen. Inzwischen füllen wir diesen Anspruch mit vielfältigen Aktivitäten aus:

■ Die CDU hat unter der Leitung von Ministerin Annette Schavan moderne Bildungsleitsätze vorgelegt, die im Rahmen eines kleinen Parteitags in Stuttgart diskutiert und verabschiedet werden.

■ Als erste Partei hat die CDU einen Internet-Sprecher berufen. Der Unternehmer Thomas Heilmann leitet zusammen mit Generalsekretär Ruprecht Polenz eine Kommission, die ein deutsches Internet-Entwicklungsprogramm erarbeitet.

■ Jürgen Rüttgers, stellv. Parteivorsitzender, bereitet eine Fachtagung zur ethischen Verantwortung in Wissenschaft und Technik vor.

■ Unter dem Dach des Bundesfachausschusses ist zudem ein Arbeitskreis Bioethik eingesetzt worden, der von Frau Quisthoudt-Rowohl MdEP geleitet wird.

■ Die Konrad-Adenauer-Stiftung legt einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf Forschung und Wissenschaftsthemen, veranstaltet Tagungen und erarbeitet Studien, die gute Entscheidungsgrundlagen für die Politik sind.

■ Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion reagiert schnell auf aktuelle forschungspolitische Entscheidungen und Entwicklungen, treibt die Regierung Schröder mit Anfragen und Debatten zum forschungspolitischen Handeln und erarbeitet sachpolitische Alternativen zu rotgrünen Gesetzesvorhaben.

Aufgabe des Bundesfachausschusses Forschung und Innovation der CDU ist es in diesem Konzert, die Grundsätze der Forschungs- und Technologiepolitik der CDU herauszuarbeiten, längerfristige innovationspolitische Konzepte zu entwickeln und den kontinuierlichen Kontakt mit Wissenschaft und Forschung für die CDU zu gewährleisten.

Im Bundesfachausschuss Forschung und Innovation arbeiten Bundes-, Landes- und Europaparlamentarier ebenso mit wie Wissenschaftler und Unternehmer. Somit wird hier politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Sachverstand zusammengeführt.

Die sachpolitische Arbeit des Bundesfachausschusses orientiert sich an den vorrangigen innovationspolitischen Herausforderungen:

■ Wir brauchen in Deutschland ein innovationsfreundliches Klima, gute Bedingungen für innovative Unternehmen, Existenzgründer und Nach-

Heribert Offermanns:
Wir streben für die CDU die Meinungsführerschaft an und werden das Feld nicht Verweigerern und Verhinderern überlassen.

Im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern wirken wir auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens in Fragen der Zukunftstechnologien hin.

wachswissenschaftler, Deregulierung und Entbürokratisierung sowie ein besseres öffentliches Verständnis für Forschung und Technologie.

■ Unsere Forschungslandschaft muss zukunftsfähig gemacht werden, die Forschungsinstitute brauchen mehr Freiraum, mehr Flexibilität, mehr Interdisziplinarität und Internationalität, und die Universitäten müssen gestärkt werden.

■ Wir brauchen in Deutschland und Europa eine Forschungsförderung aus einem Guss und nicht zahlreiche zersplitterte und unbestimmte Programme der EU, des Bundesforschungsministeriums, des Bundeswirtschaftsministeriums und der Länder. Vor allem brauchen wir Strategien für die Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts.

URSULA HEINEN:

EU-Internet-Steuer widerspricht dem Geist von Okinawa

Zu der auf dem G8-Gipfel verabschiedeten „Charta von Okinawa über die globale Informationsgesellschaft“ erklärte die Sprecherin der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen:

Ein richtiger Schritt, doch jetzt müssen die nationalen Regierungen beweisen, dass sie es mit der Umsetzung der Charta auch ernst meinen.

So heißt es in der Gipfel-Erklärung: „Es ist wichtig, unangemessene ordnungspolitische Interventionen zu vermeiden, die produktiven Initiativen des privaten Sektors zur Schaffung eines IT-freundlichen Umfelds zuwiderlaufen. Die Regelungen müssen berechenbar sein und Vertrauen von Wirtschaft und Verbrauchern stärken.“

Bürokratisches Monster

Doch die Europäische Kommission wie auch die deutsche Bundesregierung sehen dies offensichtlich anders. Anfang Juni legte die Brüsseler Behörde einen Richtlinienvorschlag zur Mehrwertbesteuerung elek-

tronisch erbrachter Dienstleistungen, kurz Internet-Steuer, vor. Danach sollen elektronische Dienstleistungen mit dem vollen Mehrwertsteuersatz belegt werden, Internet-Anbieter müssen zwischen Geschäfts- und Privatkunden unterscheiden, nicht in der EU-ansässige Unternehmen müssen sich in der EU registrieren lassen. Schon diese Punkte beweisen: Der Richtlinien-Vorschlag ist ein bürokratisches Monster, dessen Umsetzung wohl zu einer massiven Behinderung des Internet-Handels führen wird.

Die USA dagegen haben sich entschieden, von einer Besteuerung elektronischer Dienstleistungen zunächst abzusehen. Und in der Gipfel-Erklärung verlangen die Staatschefs im Falle einer Besteuerung, die Prinzipien der Neutralität, Gleichbehandlung und Unkompliziertheit zu berücksichtigen.

Und was will die Bundesregierung? Auf Fragen antwortete die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, Barbara Hendricks, auf entsprechende Anfragen der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestags-

fraktion: „Die Bundesregierung begrüßt die Vorschläge der Europäischen Kommission grundsätzlich und hofft, dass die Beratungen im Rat zu einer baldigen Verabschiedung führen.“

Wir fordern die Regierung auf, im Geiste der Charta von Okinawa zu handeln und voreilige, undurchdachte Richtlinien zur Internet-Besteuerung zu verhindern.

EINEN NEUEN WEG der direkten Demokratie sieht der Internet-Sprecher der CDU in der Beteiligung von Internet-Nutzern an der Gestaltung der Zukunft des Netzes über die „Internet Organisation for Assigned Names and Numbers“ (ICANN). ICANN ist der Versuch - so Thomas Heilmann -, Selbstregulierung der Industrie unter Einbeziehung der Verbraucher im globalen Maßstab durchzuführen. Am 1. Oktober wird das Ergebnis der ersten Direktorialwahlen bekannt gegeben, an denen sich alle interessierten Internet-Nutzer beteiligen können.

Sommer-Aktionstage Ostalb

„Auch in den Sommerferien 2000“ ist der CDU-Kreisverband Ostalb „wieder für Sie da“.

Zum sechsten Mal laden mit diesen Worten Kreisvorsitzender Georg Brunnhuber und Kreisgeschäftsführer Jürgen Dönning-

TIPP FÜR DIE PARTEIARBEIT

haus zu Sommer-Aktionstagen ein. Mit insgesamt 34 Veranstaltungen holen sie „Politik in die Ferien“,

ohne Unterhaltung und Vergnügen dabei außen vor zu lassen. Früh-schoppen, Gartenfest, Jugenddisco, – und Besichtigungen, eine Bauernkundgebung, ein Seniorentag, politische Gespräche, z.B. mit dem Mittelstand, über Steuer- und Rentenreform stehen vom 31. August bis 8. September unter anderem auf dem Programm. Den Erfolg garantieren die Erfolge im vergangenen Jahr und in



den Jahren davor. Keine festen Zusagen macht nur das Wetter.

STELLENANGEBOT

Die Frauen-Union der CDU-Bundesgeschäftsstelle sucht eine Referentin/einen Referent

Wenn Sie über ein abgeschlossenes Hochschulstudium verfügen, teamorientiert arbeiten möchten, nicht öffentlichkeitsscheu sind sowie Freude und Kenntnisse an der Themenvielfalt in der Frauen- und Familienpolitik mitbringen, verfügen Sie über notwendige Voraussetzungen der politischen Arbeit in unserer Geschäftsstelle.

■ Erforderlich sind organi-

satorische und konzeptionelle Fähigkeiten ■ guter Sprach- und Schreibstil ■ Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit ■ überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft ■ Sicherheit im Umgang mit PC und Internet wird vorausgesetzt.

Zu Ihren Aufgaben gehört neben der analytischen und konzeptionellen Arbeit in der Frauen- und Familienpolitik die Begleitung der Arbeit der

Frauen-Union innerhalb der Europäischen Union. **Bitte richten Sie Ihre Bewerbungsunterlagen mit Gehaltsvorstellungen an die Bundesgeschäftsstelle der Frauen-Union der CDU, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin.**

Für Auskünfte steht Ihnen zur Verfügung: Frau Kristel Bendig, Geschäftsführerin der Frauen-Union, Tel. 030/22070-450.



HALBZEIT-BILANZ

Bis zum Wahljahr sind noch zwei Jahre hin

Zu abgehobener Selbstzufriedenheit besteht kein Grund. Denn viele Versprechen, vor allem das einer deutlichen Senkung der Arbeitslosigkeit, sind nicht eingelöst. Und zur „Chefsache“ Aufbau Ost fiel Schröder auch nicht all zu viel Originelles ein. Zudem stehen mit der Rentenreform und anderen Vorhaben noch große Herausforderungen an. Das Schröder-Hoch vom Sommer 2000 ist noch nicht die Großwetterlage des Wahljahres 2002.

Leipziger Volkszeitung

Wohin will er wirklich?

Schröder bleibt ein Kanzler ohne Eigenschaften. Man weiß noch immer nicht, wohin er wirklich will. Das Szenische des Schröderschen Politainments verdrängt immer öfter den Sachkurs. Die Talkshow ersetzt das Parlament, das Schlagwort das Ar-

gument, der Showeffekt die Nachhaltigkeit. *Die Welt*

ÖKOSTEUER

Riesensauerei

Der Kanzler kann vieles weglächeln, aber jetzt hört der Spaß auf. Landauf, landab hat Rot-Grün versprochen, als Ausgleich für die neue Steuer - „Ökosteuern“ genannt - die hohen Sozialbeiträge, die Lohnnebenkosten zu senken. Und nun sind die Bürger, wie die Berliner sagen, „Neese“. Die Öko-Steuer wird zum Volksbetrug. Das ist mehr als ein Rechenfehler, das ist eine Riesensauerei. Wenn der Kanzler der rot-grünen Regierung nicht endlich das Zählen beibringt, dann wird diese Koalition kein langes Lein haben - und sehr wenig Trauergäste.

Bild

KLIMASCHUTZ

Mogelpackung

Mit der Einsetzung eines neuen Rates für nachhaltige Entwicklung und mit viel re-

gierungsamtlichem Wortgeklänge zur Verringerung der Treibhausgase hat die Bundesregierung in ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause versucht, sich beim heiklen Thema Klimaschutz über die Runden zu retten. Ein „Zwischenbericht“, der von Ankündigungen nur so wimmelt, konkrete und verbindliche Umsetzungsmaßnahmen jedoch vermissen lässt, soll den lange gärenden Streit um den Klimaschutz verkleistern. Das ist nicht verwunderlich: Klimaschutz ist teuer und politisch unbequem.

Handelsblatt

Auf Samtpfoten

Nach der Mogelpackung Öko-Steuer, die nicht der Natur, sondern der Rente aufhelfen soll, kommt nun die eigentliche Öko-Gebühr auf uns zu, und sie kommt auf Samtpfoten. Zunächst wird es „Anreize“ für Verbraucher geben, die sich mit modernen Heizkesseln ein gutes Gewissen kaufen wollen. Die Krallen werden dann in einem Jahr ausgefahren, wenn das Bundeskabinet

NEU Gründungs-Jahr 1020 NPOST WIRTSCHAFTS WIRTSCHAFTS

dem jetzt vorgestellten Fahrplan folgt. Dann kommt Trittins Energiesparverordnung, mit der auch die Uneinsichtigen finanziell in die Zange genommen werden.

Frankfurter Allgemeine

In den Schornstein zu schreiben

... vor allem fehlt ein Ersatzkonzept, wie im Falle des Kernenergieausstiegs Klimaschutz erreicht werden kann. Denn wenn der fehlende Atomstrom durch Kohle ersetzt würde, könnte Deutschland seine Klimaziele glatt in den Schornstein schreiben.

Leipziger Volkszeitung

ERBSCHAFTS- STEUER

Ungelegen

Die Diskussion um höhere Erbschaftssteuern kommt der Regierung ungelegen. Eben erst haben sich Kanzler und Finanzminister dafür feiern lassen, dass die Steuerreform bald Gesetz wird.

Schröder und Eichel tun daher alles, damit dieser Erfolg nicht wieder zerredet wird. So ist auch zu erklären, dass der Finanzminister von den Empfehlungen der von ihm eingesetzten Kommission zur Erbschaftssteuer partout nicht wissen will. Eichel zufolge ist nicht der Bund für die Erbschaftssteuer zuständig, sondern die Länder. Damit macht er es sich zu einfach. Denn immerhin gibt es einen Beschluss des SPD-Parteitag, der sich für höhere Steuern auf Immobilienbesitz ausgesprochen hat.

Stuttgarter Zeitung

RECHTSCHREIBUNG

Durcheinander

Als wäre der Wirrwarr innerhalb des neuen deutschen Orthographie nicht schon groß genug: Regeln, die einander widersprechen, Duden-Editionen, die je nach Ausgabe in ihren Vorschlägen wechseln, Zeitungen, die ihre ganz eigenen Marotten pflegen. Nein, offenbar reicht das nicht. Die „Frankfurter Allgemeine

Zeitung“ ruft: Alles zurück! Sie schreibt ab 21. August wieder alt.

Sächsische Zeitung

VER.DI

Schwierigkeiten zu spät erkannt

So gut wie sicher: ver.di ade. Die Misstöne haben eine Laustärke angenommen, dass sich die Beteiligten lieber die Ohren zuhalten. Die fünf Gewerkschaften kriegen die Fusion zur Mega-Organisation im Dienstleistungsbereich einfach nicht hin, und nun, da sie den Schaden haben, brauchen sie für den Spott nicht zu sorgen. Die selbst gestellte Aufgabe bestand darin, zwischen den beteiligten Gewerkschaften Finanzen, Posten und Selbstbestimmung vernünftig auszutarieren. Vom Zusammenprall verschiedener Kulturen war da ähnlich die Rede wie beim Zusammengehen von Daimler und Chrysler. In ihrer ganzen Wucht sind die Probleme vielen, erst im Laufe des Prozesses bewusst geworden.

Frankfurter Rundschau



Statut · Stand 30. 4. 2000

Das neue Statut enthält u.a. die Finanz- und Beitragsordnung, Beitragsregelung, Parteigerichtsordnung, Geschäftsordnung der CDU, Art 21 Grundgesetz und das Parteiengesetz.

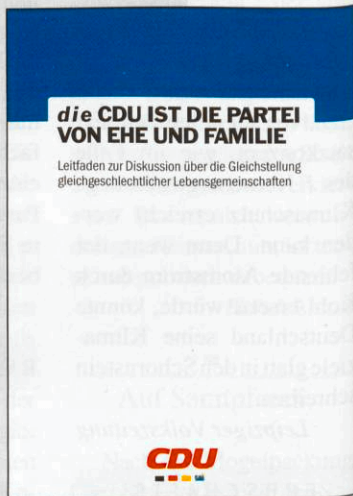
Verpackungseinheit: 20 Expl.
Preis je 20 Expl. 33,00 DM
Bestell-Nr. 3363

Leitfaden

„Ehe und Familie“

Aktionsleitfaden zur Diskussion über die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften

Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl. 15,00 DM
Bestell-Nr. 4676



Argumentationskarte

Toleranz ja. „Ehe“ nein.

Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl. 15,00 DM
Bestell-Nr. 9680



**Der neue
CDU-Seemannsrucksack
in den Farben
Blau und Gelb**

Verpackungseinheit: 1 Expl.
Preis je Expl. 34,00 DM
Bestell-Nr. **9661 (blau)**
Bestell-Nr. **9662 (gelb)**



UID

2 August 2000 . 23/2000

2600-5-42720AKV

170/ 63

G 8457

Union Betriebs Gmt
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Pos
Entgelt bezahlt.

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Postfach 12 60

53730 Sankt Augustin



Wo liegt das Handy?

Machen Sie Schluss mit der ewigen Sucherei. Mit dem CDU-Handy-Sessel findet Ihr Mobiltelefon endlich seinen festen Platz in der Wohnung oder im Büro. Die witzige Tischhalterung erhalten Sie beim IS-Versandzentrum in den Farben Blau und Orange.

Preis je Expl. 7,00 DM
Bestell-Nr. **9659 (blau)**
Bestell-Nr. **9660 (orange)**

**BESTELL-
ANSCHRIFT**

IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Telefax 02524/911310
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de